

GASTKOMMENTAR

Eine Agenda für den Aufbruch

Michael Heise plädiert gegen eine Wirtschaftspolitik der Umverteilung.

In Berlin wird über entscheidende wirtschaftspolitische Weichenstellungen für die Zukunft verhandelt. Deutschland fordert Reformen von anderen Ländern, aber erfüllen wir selbst die Bedingungen, um langfristig erfolgreich zu bleiben? Wirklich beeindruckend ist ein Wirtschaftswachstum von etwa 0,7 Prozent in den Jahren 2012 und 2013 nicht. Nach wie vor rühmen wir uns der Erfolge der Agenda 2010, die bereits rund zehn Jahre zurückliegt.

Im Vordergrund der Koalitionsverhandlungen stehen Verteilungsfragen - von der Familienförderung über die Lebensleistungsrente bis hin zu gesetzlichen Mindestlöhnen von 8,50 Euro, die Hunderttausende Illen Job kosten könnten. Arbeitsmarkt-reformen früherer Jahre werden kritisch hinterfragt, etwa die sozialversicherungs-pflichtige Leiharbeit oder befristete Arbeitsverträge. Natürlich gibt es vordergründig gute Argumente für viele dieser Anliegen, doch die eigentlichen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft geraten darüber aus dem Blick.

Manche Herausforderungen sind offenkundig. So die Neujustierung der Energie-wende und die Modernisierung der Infra-struktur. Die aus dem Ruder laufenden Strompreise sind zu einer Bedrohung des Industriestandorts Deutschland geworden. Ähnliches gilt für die öffentliche Infrastruktur: Seit Jahren halten die Investition, etwa im Straßenbau, mit den steigenden Anforderungen nicht mehr Schritt.

Dass in Deutschland das Verhältnis von öffentlichen Investitionen und allgemeiner Wirtschaftsleistung schlechter ist als in den meisten Nachbarländern, ist kein Ruhmesblatt. Die diskutierte Anhebung von Infrastrukturausgaben ist daher zu begrüßen, sie sollte allerdings vornehmlich durch Umschichtungen im Haushalt und nicht durch Steuererhöhungen finanziert werden. Darüber hinaus sollte für Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur pri-vates Kapital herangezogen werden. Dies kann gelingen, wenn die politische Bereit-schaft dazu besteht und die Regulierung der Finanzmärkte das Wachstum von lang-frisigen Finanzierungen und Investitionen fördert und nicht benachteiligt.

Andere Herausforderungen sind nicht ganz so offenkundig und erfordern zum Teil unpopuläre Entscheidungen. Deutschland konkurriert in immer stärkerem Maße mit anderen Ländern um internationales Kapital. Vor allem in energieintensiven Bereichen fließen mehr und mehr Investi-tionen in die USA, europäische Investi-tionsstandorte sind nach erheblichen Kos-tensenkungen und wirtschaftlichen Refor-men wieder attraktiver, und internationale Unternehmen bauen weiterhin die lokale Produktion in Wachstumsmärkten wie Chi-na, Indien oder Brasilien aus.

In Deutschland selbst ist dagegen eine ausgeprägte Investitionszurückhaltung zu beobachten - mit weiter rückläufigen Un-ternehmensgründungen. Beides hat lang-fristig negative Folgen für technische Ent-wicklung und Produktivität, für Wachstum und Lohnentwicklung. Die demografi-

schon Belastungen, die in etwa zehn Jah-ren mit voller Wucht einsetzen werden, sind dann weitaus schwerer zu bewältigen.

Was kann Politik im Rahmen einer Agen-da 2020 tun? Neben der Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und einer ange-messenen Finanzmarktregulierung sollten drei Themengebiete im Vordergrund ste-hen: Steuersystem, Bürokratieabbau und Start-up-Finanzierung. Beim Thema Steu-ern geht es weniger um Entlastungen, son-derm um eine grundlegende Vereinfachung des Steuersystems; steuerliche Verzerrun-gen sollten beseitigt werden.

Auch beim Bürokratieabbau ist noch Luft nach oben. Im jährlichen „Doing busi-ness“-Bericht der Weltbank liegt Deutsch-land im Mittelfeld, aber auf Platz 106 in der Rubrik „Starting a business“ - ein Armuts-zeugnis. Notwendig ist schließlich auch ei-ne konsequentere Förderung von Finanzie-rungsformen jenseits des Bankkredits, et-wa Private Equity oder Venture Capital.

Eine Investitionsagenda 2020 müsste von Bildungsreformen flankiert werden. Warum schafft es keine deutsche Hoch-schule in den einschlägigen Universitäts-rankings unter die Top 50 der Welt?

Das übergeordnete Ziel einer neuen Agenda sollte es sein, wieder mehr Kap-itäl, öffentliches wie privates, physisches wie intellektuelles, in den Standort Deutschland zu investieren. In Zeiten des globalen Wettbewerbs und des demografi-schen und technischen Wandels lässt sich nur so der Wohlstand absichern.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz.